



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 -V- 6 7 - 0 0 1 8**  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) V

Fehlendes Personalbudget sowie VZÄ bei besetzten Stellen im Grünflächenamt  
 Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat <small>Eingangsstempel Büro des Magistrats</small>	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
		Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss <small>Eingangsstempel Amt 16</small>	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
		öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Kowol  
 Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
 Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  keine finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 11.001.245,48 €  
 in %: 14,7

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2022	Personalkosten	293.500			1100088	630098	67 Zentrale Dienste/ Personalbudget
	X	2023	Personalkosten	299.500			1100088	630098	67 Zentrale Dienste/ Personalbudget
<b>Summe einmalige Kosten:</b>									

	x	2024 ff	Personalkosten	305.500			1100088	630098	67 Zentrale Dienste/ Personalbudget
<b>Summe Folgekosten:</b>									

#### **Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:**

Die Personalkosten sind in der Liste der weiteren Bedarfe des Amtes 67 unter „Personalkosten Bestandspersonal Mehrbedarf Amt 67“ in der Gesamtsumme enthalten.

Die aktuelle Kostenermittlung basiert auf der Personalkostenleitlinie 2021 inclusive Arbeitsplatzkosten mit einer jährlichen Steigerung um 2%.

## **B Kurzbeschreibung des Vorhabens**

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Es ist eine Zusetzung zum Personalbudgets sowie von VZÄ beim Grünflächenamt für drei bereits besetzten Stellen notwendig. Bei der Bildung der neuen Friedhofsabteilung wurden 2017 zunächst Stellen in Personalunion besetzt, was sich aufgrund des Arbeitsanfalls nicht dauerhaft beibehalten ließ. In einem weiteren Fall erfolgte eine Integration von Vermittlungspersonal in das Amt.

## **C Beschlussvorschlag:**

1. 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

1.1. eine Zusetzung des fehlenden Personalbudgets für die drei Stellen und die zugehörigen VZÄ's dringend erforderlich ist.

1.2. das fehlende Personalbudget und die Vollzeitäquivalente auf vorherigen Jahren beruhen und eine Bereinigung erforderlich ist.

2. Es wird beschlossen, dass

2.1 das erforderliche Personalbudget (aufgerundet) in Höhe von  
293.500 € für 2022  
299.500 € für 2023  
305.500 € für 2024ff

der Kostenstelle 1100088 (SK 630098) zugesetzt wird.

2.2 im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals Dezernat V/Amt 67 zum Stellenplan 22/23 um 2,0 VZÄ erhöht wird.

2.3 Dezernat III/20 in Verbindung mit Dezernat V/67 mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt wird

## **D Begründung**

### **I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage**

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Ziel ist die Zusetzung des fehlenden Personalbudgets sowie der fehlenden VZÄ's, die im Rahmen der teilweisen Neustrukturierung des Grünflächenamtes im Jahr 2017 (Ausgliederung des Bereichs Friedhofswesen aus der Abteilung „6702 und Bildung einer neuen Abteilung) sowie durch Integration von Vermittlungspersonal in die Abteilung 6701 „Zentrale Dienste“ entstanden sind.

### **Neustrukturierung des Grünflächenamtes im Jahr 2017**

Im März 2017 wurde per Dezernentenentscheid die Neustrukturierung des Grünflächenamtes durch Schaffung einer neuen Abteilung verfügt. Die bis dahin bestehende Abteilung 6702 „Grünflächen- und Friedhofswesen“ wurde in 6702 „Grünflächen“ umbenannt und Abteilung 6704 „Friedhöfe“ gegründet.

Im Zuge dieser Organisationsveränderung wurde ebenfalls die Übernahme der Abteilungsleitung 6704 durch den damaligen Abteilungsleiter 6701 in Personalunion verfügt. Die Assistentkraft 6701 wurde der Abteilung 6704 zugeordnet.

Im Februar 2018 wurde die Stelle der Abteilungsleitung 6701 neu ausgeschrieben und besetzt, da die Führung von zwei wichtigen Abteilungen auf Dauer nicht von einer Person leistbar ist. Auch die Stelle der Assistentzkraft 6701 wurde wieder besetzt. Eine Zusetzung des entsprechenden Personalbudgets erfolgte nicht. Infolge dessen fehlen dem Amt Personalmittel in Höhe von 191.760,00 € für 2022 und 195.595,00 € für 2023 sowie 199.507,00 € ab 2024 ff (Stelle 2045 (A13) und 21321 (E8)). Die Mittel müssen zugesetzt werden.

Die Festsetzung der Höhe des zugewiesenen Stammpersonals wurde mit der SV 18-V-20-0017 „Einführung der Neuregelung zur Steuerung der Personalkosten“ geregelt. Der maßgebliche Zeitpunkt für das Amt 67 war der Monat Oktober 2017. Im Oktober 2017 waren die Stellen Abteilungsleitung sowie Assistentzkraft 6701 noch nicht wiederbesetzt, so dass die VZÄ's für diese Stellen nicht in die Festsetzung des Stammpersonals eingeflossen sind.

### **Umsetzung von Vermittlungspersonal**

Für die erfolgte Integration von Vermittlungspersonal in die Abteilung 6701 „Zentrale Dienste“ ist das zusätzliche Personalbudget dem Grünflächenamt nicht zugesetzt worden.

Über den Personalsteuerungsdienst wurde ein Mitarbeiter von 51 an 67 zur Hospitation vermittelt. Das ursprüngliche Ziel der Personalmaßnahme (Übernahme der Sachgebietsleitung 670110) wurde jedoch nicht erreicht.

Aus Gründen der Fürsorgepflicht gegenüber dem Mitarbeiter, erfolgte zunächst eine üpl-Beschäftigung bei 67 ohne Zusetzung der Personalkosten. Künftig soll er auf einer freien Beamtenstelle beschäftigt werden. Die Einweisung kann erst nach Genehmigung des Haushaltes 22/23 vollzogen werden, da der Stellenwert neu beantragt wurde.

Die Zusetzung des nötigen VZÄ (1,0) wurde auf Antrag des Amtes 67 zwischenzeitlich durch Amt 11 und 20 zugesagt.

Die aktualisierten Personalkosten in Höhe von 101.720,00 € für 2022 und 103.755,00 € für 2023 sowie 105.830,00 € ab 2024 ff (derzeit ÜPL A11; neue Stellennummer 3067 nach Genehmigung HH22/23) müssen dem Amt ebenfalls zugesetzt werden.

### **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

### **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

### **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

### **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 18. August 2021

  
Andreas Kowol  
Stadtrat